

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

an den internationalen Aktienbörsen überwogen in der Berichtswoche auf Indexebene die leichten Verluste. In Europa kam es auf breiter Ebene (STOXX Europe 600) mit minus 1,5 Prozent zu merklichen Einbußen. Vor allem Italien mit seiner Haushaltspolitik beschäftigte die Marktteilnehmer.

An den Rentenmärkten gerieten die Kurse unter Druck und ließ entsprechend die Renditen steigen. US-Notenbank-Chef Powell attestierte der US-Wirtschaft gute Aussichten. Die Fed wird in Hinsicht auf ihre Geld- und Zinspolitik restriktiv bleiben. Die US-Zehnjahresrenditen erreichten mit 3,2 Prozent den höchsten Stand seit 2011.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union
Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 5. Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Handelsstreitigkeiten lassen Börsen schwanken
- Fresenius: Absage des Akorn-Kaufs ist rechtens
- Große Reaktionen auf Dieselpfand bleiben aus

Renten:

- Markanter Renditeanstieg am US-Rentenmarkt
- Euroraum gerät in Abwärtsstrudel
- Risikoanleihen gut gehalten

Ausblick:

- Preisdaten aus den USA
- Deutsche Industrieproduktion
- EZB-Protokoll der Sitzung vom 13. September

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 05.10.2018 ca. 16:00	seit 28.09.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	26.633	0,7%	7,7%
EURO STOXX 50	3.356	-1,3%	-4,2%
Dax 30	12.144	-0,8%	-6,0%
Nikkei 225	23.784	-1,4%	4,5%
MSCI Emerging Markets	56.384	-2,7%	-7,4%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,55%	8 BP	13 BP
Iboxx Euro Sovereign	230,56	-0,5%	-1,0%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	69	1 BP	25 BP
US-Leitzins	2,25%	0 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	3,21%	15 BP	81 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,15	-0,6%	-3,9%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	74,05	1,1%	22,6%

Aktien

Handelsstreitigkeiten lassen Börsen schwanken

Die Meldung über eine Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und Kanada ließ die internationalen Aktienmärkte deutlich freundlicher in die Woche starten. Das fast 25 Jahre bestehende nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA soll durch eine neue Handelsvereinbarung namens USA-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA) ersetzt werden. Nachdem in den Vorwochen vereinzelt über schlechtlaufende Gespräche berichtet wurde, gelang nun eine Einigung kurz vor Ablauf einer gesetzten Frist. Die amerikanischen Importzölle auf Stahl und Aluminium aus Kanada bleiben jedoch vorerst noch bestehen. Das Abkommen regelt eine der größten Freihandelszonen der Welt.

Im Verlauf der Woche rückten wieder die Bedenken eines zu schnellen Anstiegs der Zinsen in Amerika und der Handelskonflikt zwischen China und den USA in den Blick der Börsianer. Vor allem auf den Schwellenländern wiegten die Themen schwer. Trotz Feiertagen in Asien diese Woche verloren die Schwellenländer auf Basis des MSCI EM rund 3,5 Prozent. Zudem beschäftigte die Marktteilnehmer der erste Haushaltsentwurf der Italiener. Daher büßten auch die europäischen Börsen, gemessen am STOXX Europe 600 rund 1,5 Prozent ein. Zu den Wochengewinnern zählten in Europa die Sektoren Versicherung, sowie der Öl- und Gassektor. Während die Versicherer von den steigenden Zinsen profitieren, erhielt der Öl- und Gassektor von dem hohen Ölpreis Rückenwind. Zu den Wochenverlierern zählte der Immobiliensektor mit einem Minus von rund 4 Prozent (Subindex auf Basis des STOXX Europe 600).

Insgesamt notierten die globalen Aktienmärkte am Ende der Woche rund ein Prozent niedriger.

Fresenius: Absage des Akorn-Kaufs ist rechtens

Im Streit um die geplatze Übernahme des amerikanischen Arzneierstellers Akorn hat sich Fresenius zunächst durchgesetzt. Ein US-Gericht im Bundesstaat Delaware hat entschieden, dass der Dax-Konzern das Unternehmen nicht kaufen muss. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und Akorn kündigte bereits am Montag in einer Stellungnahme an, in Berufung zu gehen. Der Gesundheitskonzern Fresenius hatte den geplanten Kauf für mehr als vier Milliarden US-Dollar im April überraschend abgeblasen und schwere Vorwürfe gegen Akorn wegen angeblich fehlerhafter Medikamententests erhoben. Das Unternehmen wies die Vorwürfe zurück und pochte auf die Übernahme.

Da die Gerichte in vergleichbaren Fällen immer zugunsten des Klägers entschieden, rechnete der Markt doch mit einer Übernahme des Generika-Herstellers aus den USA durch Fresenius. Die Anleger fassten das Gerichtsurteil positiv aus, da die Akquisition die Aktie von Fresenius in jüngster Vergangenheit belastete. Seit Unterzeichnung des Übernahmeplans wies Akorn schlechtere Ergebnisse aus und galt fortan als teurer Fehler des Dax-Konzerns.

Die Aktie von Fresenius schoss aufgrund des Urteils am Montagnachmittag um rund 10 Prozent auf 69,80 Euro in die Höhe, während die Papiere von Akorn knapp 56 Prozent abrutschten und zwischenzeitlich vom Handel aussetzten.

Große Reaktionen auf Dieselgipfel bleiben aus

Mit Spannung wurden auch am Dienstagabend die Ergebnisse des Koalitions Gipfels zur Dieselfrage erwartet. Das Ergebnis wurde von den Marktteilnehmern jedoch ohne große Reaktion zur Kenntnis genommen.

Renten

Markanter Renditeanstieg am US-Rentenmarkt

Zur Wochenmitte kam es am US-amerikanischen Staatsanleihemarkt zu einem Abverkauf. Die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen stiegen in der Folge bis Freitagmittag, vor der Veröffentlichung des wichtigen US-Arbeitsmarktberichts, um 15 Renditestellen auf 3,2 Prozent. Dieses Renditeniveau war zuletzt Anfang Juli 2011 zu beobachten. Für den Einbruch waren mehrere Ursachen auszumachen. Neben markttechnischen Aspekten und einem weiteren, schon am Mittwoch veröffentlichten Arbeitsmarktbericht, stach vor allen der Kommentar des Vorsitzenden der US-Notenbank, Jerome Powell, hervor. Powell äußerte sich sehr positiv über die Rahmenbedingungen und die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Dabei wurde auch im Verbund mit der Einschätzung zum „neutralen Zins“ (der in der Theorie nicht mehr stimulierend auf die Wirtschaft wirken sollte) darauf hingewiesen, dass die Fed im Rahmen der guten Wirtschaftsentwicklung über diesen sogar hinaus gehen könnte. Der Zinserhöhungspfad der Fed wird somit bis mindestens Ende 2019 fortgesetzt. Vielleicht sogar noch restriktiver, als vom Konsens der Marktteilnehmer derzeit eingepreist. Von der aufwärts gerichteten Renditebewegung war die gesamte US-Zinskurve betroffen, die steiler tendierte. Im Zweijahresbereich zog die Verzinsung um fünf, bei den dreißigjährigen Papieren um 15 Basispunkte an.

Mit 134.000 im September neu geschaffenen Stellen lag der US-Arbeitsmarkt deutlich unter dem Konsens (185.000) der Schätzungen. Renditeseitig änderte sich in einer ersten Reaktion am Markt nicht viel, die Notierungen pendelten weiter um die 3,2 Prozentmarke.

Euroraum gerät in Abwärtsstrudel

Den merklichen Verlusten am US-Markt konnten sich die europäischen Pendanten nicht entziehen, auch hier war die Renditebewegung nach oben gerichtet. Deutsche Bundesanleihen rentierten am Freitagmittag mit 0,55 Prozent (plus acht Basispunkte). Die langen Laufzeitbereiche legten unisono um sieben Renditestellen

zu. Im kürzeren Anlagebereich waren es, je nach Laufzeit, bis zu sieben Basispunkte.

In der Peripherie kam es ebenfalls zu Verlusten. Während in Spanien der Markt vergleichsweise moderat reagierte, zog in Italien die Zehnjahresrendite bis Freitagmittag um 26 Basispunkte auf 3,4 Prozent an. Hinsichtlich der Budgetplanungen für 2019, 2020 und 2021 wurden die Defizitziele durch die italienische Regierung für die beiden letzteren Jahre nach Kritik aus der EU-Kommission heruntergenommen (2,1 und 1,8 Prozent). Die gleichzeitig bekannt gegebenen Wachstumsprognosen wurden angesichts der nachlassenden Dynamik eher kritisch gesehen, was sich entsprechend negativ am Anleihemarkt widerspiegelte.

Zuletzt noch ein Blick nach Griechenland: Auch dort gerieten Zehnjahresbonds mit zuletzt 4,43 Prozent (plus 31 Basispunkte) unter Druck. Schlechte Nachrichten aus dem Bankensektor, die Piräus Bank hat Presseberichten zufolge wegen außerordentlicher Aufwendungen einen Halbjahresverlust ausgewiesen, trafen auf den ohnehin angeschlagenen Markt. Die Banken stehen übrigens auch in Italien wieder unter verstärkter Beobachtung, halten diese doch umfangreiche Bestände an italienischen Staatsanleihen, die derzeit von den beschriebenen Verlusten betroffen sind. Die allgemeine Unsicherheit dürfte vorerst anhalten

Risikoanleihen gut gehalten

Unternehmensanleihen zeigten sich in der Berichtswoche stabil, die zuletzt starke Primaraktivität geht nun im Rahmen anstehender Quartalsberichte zusehends zurück. Das US-amerikanische Telekomunternehmen Comcast emittierte Anleihen mittels zwölf Tranchen über die gesamte Zinskurve im Umfang von 23 Mrd. US-Dollar.

Das Segment EM-Anleihen verbuchte mit 1,2 Mrd. US-Dollar wieder umfangreiche Mittelzuflüsse, die sich aber fast ausschließlich auf den Hartwährungssektor (US-Dollar und Euro) konzentrierten. Neben diversen Neuemissionen auf Unternehmensseite kam dort auch Kolumbien in dieser Woche an den Primärmarkt. Die Risikoprämien im EM-Sektor lagen im Wochenverlauf weitgehend stabil.

Ausblick

In der neuen Handelswoche stehen nur wenige Konjunkturdaten zur Veröffentlichung an. In erster Linie dürfte die Entwicklung der US-Produzenten- und Verbraucherpreise im September größeres Interesse an den Märkten hervorrufen. Die am Mittwoch und am Donnerstag anstehenden Daten sollten den aktuell zu beobachtenden moderaten Inflationsdruck in den Vereinigten Staaten weiter untermauern. Insgesamt wird eine eher gedämpfte Preissteigerung erwartet, zumal der US-Dollar seit Jahresbeginn mit einer handlungsgewichteten Aufwertung für eine Preisdämpfung auf der Importseite gesorgt hat. Sowohl bei den Produzenten- als auch den Verbraucherpreisen wird für September im Konsens ein Anstieg von 0,2 Prozent erwartet. Die US-Notenbank Fed dürfte aber trotz der moderaten Preiszuwächse unvermindert an ihrem Zinserhöhungspfad festhalten.

Zum Wochenauftritt steht zudem die deutsche Industrieproduktion aus August ins Haus. Die Lage stellt sich derzeit nicht allzu rosig dar, ein leichter Rückgang sollte nicht überraschen.

Darüber hinaus wird die Europäische Zentralbank (EZB) ihr Protokoll der Sitzung vom 13. September veröffentlichen. Grundlegend neue Erkenntnisse sind nicht zu erwarten. Die EZB dürfte – gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse in Italien - noch lange an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten.

Termine

Montag, 08.10.18	DEU: Industrieproduktion (Aug.)
Dienstag, 09.10.18	DEU: Exporte (Aug.)
Mittwoch, 10.10.18	JPN: Aufträge im Maschinenbau FRA/ITA/GBR: Industrieproduktion (Aug.) USA: Produzentenpreise (Sep.)
Donnerstag, 11.10.18	FRA: Verbraucherpreise (Sep.) USA: Verbraucherpreise (Sep.) Die EZB veröffentlicht ihr Protokoll vom 13. September
Freitag, 12.10.18	EWU: Industrieproduktion (Aug.) USA: Verbrauchervertrauen ermittelt über die Universität Michigan, vorläufig (Okt.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
5. Oktober 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt